

Kritik an Querschüssen gegen Seehofer

MdL Michaela Kaniber sprach bei der Senioren-Union Berchtesgadener Land

Ainring. Zu einem Gesprächsabend mit der CSU-Kreisvorsitzenden und Stimmkreisabgeordneten Michaela Kaniber lud der Kreisverband der Senioren-Union in den Rupertihof ein.

Kreisvorsitzender Heinz Dippel sagte, die Mitglieder würden wenig Verständnis dafür zeigen, dass in der äußerst schwierigen Phase der Koalitions-Sondierungen in Berlin aus der CSU Querschüsse gegen Horst Seehofer kamen. Dem pflichtete auch Ainrings Bürgermeister Hans Eschberger bei. MdL Michaela Kaniber meinte, zuerst müsse man sich mit den Inhalten der künftigen politischen Weichenstellungen eingehend befassen, erst danach sollte man sich Personalfragen zuwenden.

Auf den auch für viele Senioren überraschenden Ausgang der jüngsten Bundestagswahl eingehend, räumte Kaniber ein, dass es die CSU nicht geschafft habe, den Wählern ihre „zweifelloso erreichten Erfolge“ in der Flüchtlingspolitik zu vermitteln. Oft jahrzehntelange CSU-Wähler hätten diesmal großteils aus Wut über die Flüchtlingspolitik Angela Merkels andere Parteien gewählt. Die Debatte über die „Obergrenze“ habe vielfach die Tatsache überlagert, dass „dank der konsequenten Politik der CSU“ die Zahl der Asylbewerber von 890 000 im Jahr 2015 auf 280 000 im Jahr 2016 zurückgegangen sei. Heuer seien im ersten Halbjahr nur noch gut 90 000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Auch das entschiedene Handeln von Österreich und den südosteuropäischen Nachbarn habe dazu beigetragen.

Kaniber unterstrich, dass es bei Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene keine Kompromisse in der Flüchtlingspolitik mehr geben dürfe. Es müsse bei der Begrenzung von Flüchtlingszuzug



CSU-Kreisvorsitzende Michaela Kaniber bei ihrem Vortrag, neben ihr Senioren-Union-Kreisvorsitzender Heinz Dippel. – F.: Dieter Moosleitner

und Familiennachzug bleiben. Laut infratest-Umfrage seien 100 Prozent der AfD-Wähler „nicht zufrieden mit Merkels Flüchtlingspolitik“, berichtete die Abgeordnete. Auch die CSU sei es nicht gewesen, aber sie sei für diese Politik bei der Bundestagswahl abgestraft worden. Jetzt gelte es, den Bürgern zu zeigen, dass die CSU die einzige Partei sei, die ihre Forderungen in der Flüchtlingspolitik tatsächlich umsetze.

„Angesichts des rasanten Wandels in allen Bereichen müssen wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken“, betonte Kaniber. Es gelte, alle Bürger mitzunehmen, besonders diejenigen, die durch ihre Arbeit maßgeblich zum hohen Wohlstand in Bayern beigetragen haben: die Senioren. Ein heute Sechzigjähriger habe im Schnitt noch etwa 21 Lebensjahre vor sich. Gleichzeitig steige die Zahl der Menschen, die im Alter Unterstützung und Pflege brauchen. Fast drei Viertel aller Pflegebedürftigen würden zu Hause betreut, oft allein durch Angehörige. Diese Pflege daheim werde auch durch die wichtigen Reformen der Pflegeversicherung ermöglicht, so Kaniber. Auch die stationären

Pflegeeinrichtungen habe man im Blick. So habe Bayern als erstes Bundesland verpflichtend die Barrierefreiheit vorgegeben, um größtmögliche Wohnqualität zu ermöglichen.

Die Pflegeberufe sollten auch durch einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft und bessere Bezahlung aufgewertet werden. So werde der Mindestlohn in diesem Bereich zum 1. Januar 2018 erhöht. Es müsse auch gelingen, ambulante und stationäre Angebote der Altenpflege stärker miteinander zu vernetzen. Um Senioren fit zu halten, habe Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml im Oktober eine Schwerpunkt-kampagne zur Seniorengesundheit gestartet unter dem Motto „Mein Freiraum. Meine Gesundheit. In jedem Alter“. Ältere Menschen sollten möglichst lange gesund und selbstbestimmt leben können. Dazu wolle man die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum verbessern.

Aus ihrer Arbeit als Mitglied des Sozialausschusses im Landtag berichtete Kaniber über den heuer vorgestellten bayerischen Sozialbericht. Er zeige, dass die soziale Lage der Menschen in Bayern

noch nie so gut gewesen sei wie heute. Im Vergleich zu anderen Bundesländern und erst recht im europäischen Vergleich genossen die Menschen in Bayern ein außerordentlich hohes soziales Niveau. Davon profitierten auch mehr Menschen als in allen anderen deutschen Ländern. Weniger als anderswo seien sie auf Leistungen der staatlichen Mindestsicherung angewiesen.

Auch die Einkommen in Bayern seien gleichmäßiger verteilt, der Anteil derer, die mit einem niedrigen Einkommen zurecht kommen müssen, sei erheblich geringer als im Bundesschnitt. Bayern habe die niedrigste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer. Bayern habe also in den vergangenen Jahren viele richtige Weichenstellungen getroffen.

Trotzdem müsse man sich immer wieder fragen, „wie wir denen, die an unserem insgesamt sehr breiten Wohlstand in geringem Maße teilhaben, helfen können.“ Allen Versuchen, die CSU madig zu machen, solle man die positive Bilanz der CSU-Politik in Bayern entgegensetzen und dabei an einem Strang ziehen, unterstrich Kaniber und bat die CSU-Senioren um ihr Mitziehen dabei. Besonders ihr Eintreten für eine wertkonservative Politik sei wichtig.

In der Diskussion mit MdL Kaniber wiesen Veranstaltungsteilnehmer darauf hin, dass die CSU bei der Bundestagswahl ein unerwartet schlechtes Ergebnis hatte, aber immer noch mit einem Wählerstimmenanteil aufwarten könne, den Parteien in anderen Bundesländern nicht erreichen. Mit erfolgreicher Politik in und für Bayern und entsprechendem Rückhalt könne sie bei der Landtagswahl im kommenden Jahr bei den Wählern wieder punkten, so die Hoffnung.